

Lass uns in Kontakt bleiben



www.spdfraktion-berlin.de



SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin
Niederkirchnerstraße 5 • 10117 Berlin
Telefon: (030) 23 25 22 22
E-Mail: fraktionsbuero@spd.parlament-berlin.de
www.spdfraktion-berlin.de
Vi.S.d.P. Torsten Schneider, Parl. Geschäftsführer

Ausbildungsbetriebe fördern

Stärkung der Verbundausbildung

Viele Ausbildungsberufe, gerade im gewerblich-technischen Bereich, aber nicht nur dort, sind aufgrund des technologischen Fortschritts anspruchsvoller geworden. Dem muss auch in der Ausbildung Rechnung getragen werden. Die Entwicklung führt dazu, dass einzelne Unternehmen kaum mehr in der Lage sind, alle Kenntnisse und Fähigkeiten der jeweiligen Ausbildung angemessen zu vermitteln. Gelöst wird dies über eine Verbundausbildung. Unternehmen spezialisieren sich jeweils auf verschiedene Ausbildungsbereiche und vermitteln diese im Zusammenschluss. Alternativ können im Rahmen von überbetrieblichen Fort- und Weiterbildungen die Kenntnisse erworben werden. Beide Möglichkeiten sind für die Ausbildungsbetriebe jedoch sehr teuer. Um zu ermöglichen, dass Unternehmen, die ausbilden möchten, dies auch können, unterstützt das Land Berlin diesen Ausbildungsansatz finanziell.

Die Ausbildungsplatzumlage als wichtiges Element moderner Ausbildung

Die hohen Kosten sind ein Grund, warum viele Betriebe nicht ausbilden. Eine Ausbildungsplatzumlage, bei der alle Betriebe sich solidarisch an einem Umlageverfahren beteiligen, unterstützt und entlastet die Betriebe, die Ausbildungsplätze anbieten, finanziert die kostspielige Verbundausbildung und schafft insgesamt mehr Gerechtigkeit im Ausbildungssystem. Durch die gezielte Unterstützung von Ausbildungsbetrieben können wir die Ausbildungsqualität und die Attraktivität der Ausbildung steigern und langfristig sicherstellen. Es gibt in Berlin in einzelnen Branchen bereits sehr gute Vorbilder für eine positive Umsetzung der Ausbildungsplatzumlage: im Bauhauptgewerbe, im Garten- und Landschaftsbau sowie in der Ausbildung von Pflegekräften oder Schornsteinfeger:innen. Die Einführung der Ausbildungsplatzumlage für alle Betriebe ist ein wichtiger Baustein für die Zukunft der dualen Ausbildung. Diese Form der solidarischen Ausbildungsfinanzierung wollen wir in Berlin deshalb auf die gesamte duale Ausbildung ausweiten.

Die Ausbildung fit für die Zukunft machen

Unsere Ideen für eine neue Berliner
Ausbildungsoffensive



Für uns als SPD-Fraktion gilt: Die duale Ausbildung muss für die Zukunft fit gemacht werden

Die **duale Ausbildung** in Deutschland ist ein Erfolgsmodell. Deutschland hat mit Abstand die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der EU. In Berlin bilden jedoch aktuell nur knapp 11 Prozent der Betriebe aus, deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von gut 19 Prozent. Hier besteht akuter Handlungsbedarf. Wir brauchen dringend qualifizierte Fachkräfte. Deshalb müssen wir alle, die an einer gelingenden Ausbildung beteiligt sind, dabei unterstützen ihre Aufgaben erfolgreich zu erfüllen. Dazu gehören die Unternehmen und Ausbilder:innen, die schulischen Ausbildungseinrichtungen, wie die Oberstufenzentren, und natürlich die Auszubildenden. Dafür nehmen wir die verschiedenen Phasen der Ausbildung in den Blick und fördern gezielt an der richtigen Stelle.

Die **SPD-Fraktion** steht für eine moderne, solidarische und zukunftsorientierte Ausbildung.

Berufsorientierung intensivieren

Erfolgreiche Programme weiter fortsetzen

Damit junge Menschen eine berufliche Perspektive für sich entwickeln können, brauchen wir eine gute Berufsorientierung. Diese lebt davon, Erfahrungen zu sammeln und sich ausprobieren zu können. Dies wollen wir allen Schüler:innen ermöglichen. Daher möchten wir Programme, die sich in diesem Sinne bewährt haben, verstetigen und deutlich ausbauen. Mit dem Landeskonzept Berufliche Orientierung Berlin gibt es bereits ein sehr gutes Angebot für die allgemeinbildenden Schulen. Die Landesprogramme Berliner Programm Vertiefte Berufsorientierung (BVBO 4You) und Komm auf Tour (KaT) zielen darauf, Schüler:innen zu helfen, die eigenen Fähigkeiten und Stärken herauszufinden. Dazu kommen außerdem praktische Angebote wie die Berliner Schulpaten oder die Mobile BAUWERKstatt.

Das 11. Pflichtschuljahr als „Berufs-Chancenjahr“ etablieren

Die Einführung eines 11. Pflichtschuljahres bzw. Berufs-Chancenjahres soll Schüler:innen, die nach dem Abschluss des 10. Schuljahres nicht wissen, welchen Weg sie einschlagen sollen, den notwendigen Halt geben und sie gezielt begleiten. Durch verpflichtende und aufsuchende Beratung sollen sie dabei unterstützt werden, eine passende Anschlussperspektive zu finden. Diejenigen, die noch nicht wissen, wie es für sie sinnvoll weitergeht, haben die Möglichkeit, durch den Besuch des 11. Pflichtschuljahres am Oberstufenzentrum ihre Kompetenzen weiterzuentwickeln und ihren Berufswunsch zu entdecken. Dadurch wird verhindert, dass diese jungen Menschen langfristig im Transfersystem feststecken und keine beruflichen Perspektiven entwickeln.

Die Jugendberufsagentur – passgenaue Beratung an zwölf Standorten in Berlin

Das Besondere an der Jugendberufsagentur: Hier arbeiten Expert:innen aus unterschiedlichen Bereichen und Einrichtungen zusammen, mit dem Ziel Jugendliche und junge Erwachsene zu unterstützen, die passende Ausbildung oder das geeignete Studium zu finden. Wir wollen deshalb ihre Handlungsmöglichkeiten erweitern und sie inklusiver gestalten.

Auszubildende gezielt unterstützen

Azubiwerk gründen

Der Wohnraumangel ist für Auszubildende ein zentrales Problem. Ein Azubiwerk mit Landesbeteiligung kann, vergleichbar mit dem Studierendenwerk, hier langfristig ansetzen und günstigen Wohnraum für Auszubildende zur Verfügung stellen. Hier gibt es bereits gute Vorbilder aus anderen Städten wie München oder Hamburg. Vor allem soll das Azubiwerk eine zentrale Anlaufstelle für die Auszubildenden sein und diesen bei Fragen und Problemen weiterhelfen. Die bestehenden Unterstützungs- und Beratungsangebote wollen wir dort bündeln und serviceorientiert an die Auszubildenden vermitteln.

Einrichtung einer unabhängigen Beratungs- und Beschwerdestelle

Im Konfliktfall brauchen Auszubildende eine unabhängige Beratungs- und Beschwerdestelle, die ihre Anliegen ernst nimmt und lösungsorientiert mit dem Ausbildungsbetrieb vermittelt. In der Pflege wurde mit der neu eingerichteten „Ombudsstelle für die Pflegeausbildung“ bereits eine solche Stelle eingerichtet. Wir wollen dieses Angebot für alle Ausbildungsberufe etablieren. Wir wollen damit die Zufriedenheit und Zahl der Ausbildungsabschlüsse steigern, insbesondere vor dem Hintergrund der hohen Quote von Auszubildenden, die ihre Ausbildung abbrechen.

Unterstützende Landesprogramme

Berlin unterstützt mit eigenen Landesprogrammen, wie dem Berliner Ausbildungsplatzprogramm (BAPP), dem Berliner Ausbildungsmodell (BAM) oder dem Landesprogramm Mentoring, Auszubildende und ausbildende Unternehmen, wo es notwendig ist. Dies werden wir weiter intensivieren und den Bedürfnissen anpassen. Angehende Auszubildende, die Probleme haben, einen Ausbildungsplatz zu finden, möchten wir besonders unterstützen und zusätzlich Hilfen für die ausbildenden Unternehmen bereitstellen.